

Aufgezeigt!

Überlegungen der Katholischen Jungen Gemeinde zur bildungspolitischen Situation der Außerschulischen Bildung

Vorwort

Im Dezember 2003 beschäftigte sich der Bundesausschuss der KJG erstmals mit dem Thema „Ganztagsschule“. Es wurde deutlich, dass der Bundesverband keine allgemeingültigen Aussagen für alle Diözesanverbände zu dieser Frage treffen kann, da das Schulsystem in der Hoheit der Bundesländer liegt und die Diskussionen und Prozesse zur Ganztagsschule die einzelnen Diözesanverbände unterschiedlich betreffen.

Dennoch sehen wir es als unsere Aufgabe an, den Diözesanverbänden Informationen über das Themenfeld „Schule und außerschulische Jugendarbeit“ zu geben.

In diesem Papier haben wir die Informationen zusammengestellt. Das Papier soll einen gedanklichen Anstoß zu der Frage „Zusammenarbeit von Schule und Jugendverbandsarbeit“ geben und formuliert darüber hinaus Anregungen für die Kooperation der KJG mit Schulen.

Wir hoffen mit diesem Papier zur inner- und außerverbandlichen Auseinandersetzung beizutragen.

Bundesausschuss der Katholischen Jungen Gemeinde im Februar 2005

1. Was ist Bildung?

„Wir sollten deshalb Bildung wieder stärker ganzheitlich verstehen. In der Bildung vergewissern wir uns unserer selbst und finden unsere Identität. Bildung ist, wie jede Kultur, die menschliche Form der Weltaneignung und zugleich ihr Ergebnis. Zur Bildung gehören die Vorstellungen und Einstellungen, die Fähigkeiten, die Kenntnisse und die Gewohnheiten, die es dem Menschen ermöglichen, die Welt selbstbestimmt und verantwortlich zu gestalten. Bildung ist etwas anderes als Wissen. Wissen lässt sich büffeln, aber Begreifen braucht Zeit und Erfahrung ... Selbstständig und frei denken zu lernen ... wer nicht denken gelernt hat, der kann diesen Mangel durch noch so viele Informationen nicht ersetzen. ...“

(Johannes Rau, Juli 2000)

Bildung bezeichnet nicht nur die Anhäufung von Wissen, Bildung bedeutet auch die kritische Übernahme kultureller Werte. Bildung soll die Einzelne und den Einzelnen befähigen, ihr Handeln auf Einsicht und Sachkompetenz zu gründen und es kritisch prüfend und selbstbestimmt zu verantworten. Bildung wird als ganzheitliche Menschenbildung von Kopf, Herz und Hand verstanden.

Der Bildungsprozess beginnt mit der Geburt und dauert das gesamte Leben lang an. Jedes Kind hat das Bedürfnis zu forschen und zu lernen, um sich selbst und die Welt begreifen zu können. Dies fordert eigene Aktivität ein. In der aktuellen Bildungsdefinition wird das Kind als Akteur seiner eigenen Entwicklung bezeichnet, steht es selbst im Mittelpunkt.

Doch wie ist diese heutige Auffassung von Bildung entstanden?

Der Bildungsbegriff hat sich im Laufe der Zeit einem großen Wandel unterzogen. **Die Bildung des 18. Jahrhunderts** zur Zeit der **Aufklärung** zielte auf die Befreiung geistiger und gesellschaftlicher Abhängigkeiten und erfolgte durch planmäßige Erziehung und Schulung unter Anleitung des kritisch prüfenden Verstandes. Der Mensch sollte dazu erzogen werden mündig zu sein. Der Begriff Bildung wurde als Ersatz für den Erziehungsbegriff benutzt. Um **1800** stand mit Beginn des **Neuhumanismus** die Selbstgestaltung der Person in ihrer Ganzheit im Mittelpunkt. Im **19. Jahrhundert** wandelte sich der Bildungsbegriff erneut und verstand sich nun als „literarisch-ästhetisch geprägte Kultur der Innerlichkeit“. Mit **Beginn des 20. Jahrhunderts** beginnt sich das soziale Gewissen des Menschen zu schärfen. Man sprach nun von „Herzensbildung“ und verstand Bildung auch unter dem Aspekt, sein Leben rechenschaftsbewältigen zu können. Aufgaben innerhalb der Gesellschaft gewannen gegenüber der vorher betonten Individualität an Bedeutung. Nach den Erfahrungen des **Nationalsozialismus** sollte die Bildung von nun an einen eigenen klaren Wertekodex vermitteln. In den **60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts** diente Bildung individuellen, gesellschaftlichen Zwecken. Das Individuum konnte nun Bildung von der Gesellschaft verlangen, zugleich verlangte die Gesellschaft aber vom Einzelnen, sich zu bilden. **Ab Mitte der 70er Jahre** wurde der Bildungsbegriff als Gesamtheit aller in der Pädagogik praktizierten Maßnahmen neu formuliert und sollte in Form einer Allgemeinbildung fungieren. Seit den **90er Jahren des letzten Jahrhunderts** verändert sich die deutsche Bildungslandschaft deutlich. Mit der kritischen wirtschaftlichen Entwicklung sowie durch das schlechte Abschneiden bei internationalen Vergleichen der Bildungssysteme wurde die Forderung laut, Leistungsanforderungen zu erhöhen und die Wissensvermittlung in den Mittelpunkt der Bildung zu stellen. Die Bildung wird verstärkt unter der wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet und soll den Anforderungen des Arbeitsmarktes Rechnung tragen.¹

Mit dieser geschichtlichen Entwicklung des Bildungsbegriffes Deutschland gehen einige Besonderheiten im Schulsystem der Bundesrepublik einher:

Ein besonderes Merkmal der Bildung in Deutschland, das sich durch die Geschichte zieht und erst in den letzten Jahren einer genaueren Betrachtung unterzogen wurde, ist die Homogenität der Bildungsgruppen. So gibt es etwa eine lange Tradition der konfessionellen Mädchen- und Jungenschulen, Klassen von Migrantinnen und Migranten oder durch den Sozialraum geprägte Schulen, z.B. in Arbeitersiedlungen. In diesen homogenen Gruppen gelten die gleichen grundlegenden Bildungsziele, allerdings werden sie – je nach Gruppe – unterschiedlich stark gefördert und beachtet.

Ein weiteres Merkmal ist die Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems. Bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt (zwischen dem 10. und 13. Lebensjahr) werden Schülerinnen und Schüler durch die Unterteilung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium unterschiedlichen Leistungsgruppen zugeordnet. Sie erhalten eine differenzierte Förderung und sind sehr verschiedenen Ansprüchen ausgesetzt.

Bildung lässt sich auf verschiedenen Ebenen betrachten. Zum einen gibt es die Unterscheidung von formeller, nichtformeller und informeller Bildung. **Formelle Bildung** bezeichnet das Schulsystem bis hin zur Hochschule mit weitgehender Schulpflicht und Leistungszertifizierung. Als **nichtformelle Bildung** gilt daneben die freiwillige Bildung, also jede Form von organisierter Bildung, die auf Selbstorganisation und Freiwilligkeit beruht und ein Angebot darstellt, z.B. Kurs-Wochenenden der KJG. **Informelle Bildung** hingegen bezeichnet Bildungs-

¹ Günter Schorch (Hrsg.): „Grundlegende Bildung. Erziehung und Unterricht in der Grundschule“, Bad Heilbrunn 1994

Prof. Dr. Otto Speck: Vortrag „Bildung ohne Barrieren?“, Fachtagung „Bildung ohne Barrieren“ des Bundesverbandes Ev. Behindertenhilfe e.V.; Mainz 2003

prozesse, die ungeplant und nicht beabsichtigt ablaufen. Diese finden z.B. in täglichen Situationen in Familie, Nachbarschaft, Freundeskreis und Jugendgruppe statt. „Insbesondere die nichtformalen und informellen außerschulischen Lernerfahrungen, diese besonders attraktiven, überzeugenden, da besonders partizipativen Lernangebote, vermitteln seit jeher die Idee eines Ideals von Lehren und Lernen und die Lust am lebenslangen Lernen. (...) Neuere Studien belegen, dass die formale Bildung, wie sie mit Schule verbunden ist, an Bedeutung verliert. Nahezu 70% der Bildungsergebnisse lassen sich auf informelle Bildung zurückführen.“²

2. Die Bildungsbegriffe von Schule und KJG

Im Folgenden zeigt das Papier die unterschiedlichen Bildungsbegriffe von Schule und KJG auf. Anschließend werden die Leitlinien von Jugendarbeit und Schule einander gegenüber gestellt.

2.1 Der Bildungsbegriff der Schule

Die Schule gilt in der allgemeinen Meinung als primärer Bildungsort. Ist in der öffentlichen Diskussion von Bildungsreform die Rede, wird darunter im wesentlichen Schulreform verstanden. Nach Art. 7 Grundgesetz gibt es in Deutschland eine staatliche Schulhoheit, was bedeutet, dass das gesamte Schulwesen unter Aufsicht des Staates steht. Es gibt jedoch kein staatliches Schulmonopol in Deutschland, da der Staat zwar für die Organisation und die inhaltlichen Rahmenbedingungen und Grundstandards verantwortlich ist, aber auch das Elternrecht und die freie Persönlichkeitsentfaltung des Einzelnen berücksichtigen muss.

Nach dem Rahmenplan für Grundschulen für das Land Rheinland-Pfalz³ soll Schule jedem Kind eine grundlegende Bildung ermöglichen. Hierbei soll es zum einen um die konkrete Lebenswirklichkeit des Kindes, seine Wahrnehmung, Reflexion und Handlungsmöglichkeiten gehen. Diese sollen zum Ausgangspunkt des Bildungsprozesses gemacht werden. Kindern und Jugendlichen sollen Chancen zur Teilhabe am kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben unserer Gesellschaft ermöglicht werden. Die Schule hat dabei den Auftrag, in der heutigen Zeit Wissen zu vermitteln, das jedes Kind in seiner Zukunft brauchen wird, um sowohl sich als auch die Gesellschaft weiter zu entwickeln. Grundlegende Bildung soll daher gegenwarts- und zukunftsorientiert sein. Dabei soll sie auf die Auseinandersetzung mit unausweichlichen zentralen Fragen der menschlichen Gemeinschaft zielen, denen Kinder und Jugendliche in ihren konkreten Handlungs- und Erfahrungsbezügen begegnen. Die Schule soll hierzu Haltungen und Einstellungen vermitteln. Dazu gehören multiperspektivisches Denken, sozialverantwortliches Handeln, Toleranz, Fairness, Gerechtigkeitsgefühl sowie Gestaltungswille und Gestaltungsvermögen.

Nach dem von der Kultusministerkonferenz Rheinland-Pfalz⁴ veröffentlichten Zielkatalog für öffentliche Bildungsziele soll Schule

- × Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten vermitteln.
- × Zu selbstständigem, kritischem Urteil, eigenverantwortlichem Handeln und schöpferischer Tätigkeit befähigen.
- × Zur Freiheit und Demokratie erziehen.
- × Zu Toleranz, Achtung vor der Würde des Menschen und Respekt vor anderen Überzeugungen erziehen.
- × Friedliche Gesinnung im Geiste der Völkerverständigung wecken.
- × Ethische Normen sowie kulturelle und religiöse Normen verständlich machen.

² Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „Leben lernen – was die Kinder- und Jugendhilfe beizutragen hat“, 12. deutscher Jugendhilfetag Osnabrück 2004

³ Kultusministerium Rheinland-Pfalz: „Leitlinien für die Arbeit in der Grundschule“, Grünstadt 1984

⁴ Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend: „Rahmenplan Grundschule Rheinland-Pfalz“, Grünstadt 2002

- ✘ Die Bereitschaft zu sozialem Handeln und zur politischen Verantwortung wecken.
- ✘ Zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in der Gesellschaft befähigen.
- ✘ Über die Bedingungen der Arbeitswelt orientieren.

2.2 Der Bildungsbegriff der KJG

Die KJG gestaltet seit über dreißig Jahren Angebote für und mit Kindern und Jugendlichen. In der KJG werden bei der inhaltlichen Arbeit sowie aufgrund vielfältiger Erfahrungen aus Gruppenstunden und Ferienfreizeiten die Probleme und Lebenssituationen und von Kindern und Jugendlichen in Schule und Gesellschaft deutlich. Im Umgang mit der veränderten Lebenswelt von Kindern, die von Vereinzelungstendenzen, Leistungsdruck und einer Pluralisierung der Werte und Lebensformen geprägt ist, hat sich die KJG vielfältige Kompetenzen angeeignet. Diese können die Diskussionen um und die Entwicklungen von neuen Bildungsansätzen in der Schule, angeregt durch die Einrichtung von Ganztagschulen, in besonderer Weise befruchten.

Der Bildungsbegriff der Katholischen Jungen Gemeinde gemäß ihrer Grundlagen und Ziele

Für unsere demokratische, nach Solidar- und Subsidiaritätsprinzipien geordnete Gesellschaft ist es unerlässlich, dass Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene sich als politisch Handelnde erleben und erproben können. Dafür sind Kenntnisse von Strukturen und Verfahrensweisen und das Bewusstsein der eigenen Verantwortung für die Gesellschaft notwendig. Diesen gesellschaftspolitischen Anforderungen Rechnung tragend gestalten in der KJG Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene gemeinsam und unabhängig eine kinder- und jugendfreundliche Kirche und Gesellschaft. Selbstorganisation und Freiwilligkeit als besondere Merkmale der Jugendverbandsarbeit spielen hierbei eine große Rolle.

Will die Gesellschaft ihren Herausforderungen innovativ und kreativ begegnen, benötigt sie verantwortungsvolle Menschen, deren Persönlichkeit ausgebildet und gefestigt ist. „In der KJG entwickeln Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene ihre Persönlichkeit, so dass sie emanzipiert und gleichberechtigt an allen Entscheidungsprozessen partizipieren können.

Auch und gerade in unserer pluralisierten Gesellschaft ist es notwendig, die Ziele nach einem klaren Wertekanon auszurichten. „Die Inhalte und die Arbeit der KJG orientieren sich an der Botschaft Jesu Christi. Die KJG versteht sich mit ihren Angeboten und Formen als Kirche in der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen.“⁵ Damit werden die christlichen Werte in der KJG zum Schwerpunkt und zur Grundlage aller pädagogischer und politischer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Aus diesen Zielen ergeben sich folgende Bildungsinhalte:

- ✘ Für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit erhalten Kinder und Jugendliche Räume und Möglichkeiten.
- ✘ Das Erlangen einer gefestigten Persönlichkeit, die mit Stärken und Schwächen, Lob und Kritik, Erfolgen und Niederlagen gut und konstruktiv umgehen kann, und in der Lage ist, die Einzigartigkeit jedes Menschen zu akzeptieren, fördert das gesellschaftliche Zusammenleben maßgeblich.
- ✘ Die Entwicklung eines individuellen tragfähigen Wertekansons jeder und jedes Einzelnen, basierend auf allgemein notwendigen Grundlagen der Solidarität und der Toleranz, ist für das Fortbestehen unserer humanitären Gesellschaft unerlässlich.

⁵ Bundeskonferenz der Katholischen Jungen Gemeinde: „Grundlagen und Ziele“, Altenberg 1995

- × Im Umgang mit Gruppen, in der Arbeit mit und in Teams, in der Übernahme von Verantwortung für Personen und Ressourcen erwerben KJGlerinnen und KJGler Qualifikationen, die die schulischen Bildungsinhalte sinnvoll ergänzen. Dazu gehören Teamfähigkeit, Aneignen von komplexen Sachverhalten für die konkrete Lebenswirklichkeit, Erkennen und Ausfüllen verschiedener Rollen, u.v.m.. Diese sog. Schlüsselqualifikationen bereiten Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene auf die heutigen Anforderungen des (Berufs-)Lebens vor.
- × Das Ausbilden sozialer und personaler Kompetenzen durch Interaktion und Kommunikation mit anderen ist notwendig, um seinen Platz in unserer individualisierten und pluralisierten Lebenswelt zu finden.

In der alltäglichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen werden die Bildungsinhalte in der KJG verwirklicht. Dabei sind alle Ebenen des Verbandes einbezogen und tragen zur Umsetzung der Inhalte bei:

Die KJG fördert soziale und persönliche Fähigkeiten

KJGlerinnen und KJGler treffen sich in ihrer Freizeit in regelmäßigen Gruppenstunden oder zu gemeinsamen Veranstaltungen. Bei allen Aktivitäten stehen sie als Individuen im Vordergrund und können ihre Persönlichkeit entwickeln. Sie können sich mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten einbringen und somit Schritte zu einem gestärkten Selbstwertgefühl gehen. In der KJG werden den Mitgliedern Räume und Möglichkeiten geboten, um sich auszuprobieren. So entdecken KJGlerinnen und KJGler, neue Fähigkeiten an sich und anderen und lernen voneinander. Damit einhergehen auch die Erlebnisse von Niederlagen und Fehlverhalten. Das Erkennen der eigenen Schwächen und den konstruktiven Umgang mit ihnen erlernen KJGlerinnen und KJGler von Anfang an. Wichtig ist hierbei, dass das verbandliche Netzwerk immer kompetente Partnerinnen und Partner bereithält, die die Entwicklung der Persönlichkeit begleiten. Diese Partnerinnen und Partner bekommen ihre Autorität in der Regel von den Kindern, Jugendlichen und Jungen Erwachsenen selbst zugeschrieben. In den Gruppenleitungsteams finden sie verschiedene Menschen, die sie als geeignete Partnerinnen und Partner wählen können. In Schulungen und Seminaren werden KJGlerinnen und KJGler gezielt für ihre speziellen, verantwortungsvollen Aufgaben qualifiziert. Hier sind besonders folgende Themen zu nennen: Gruppenentwicklung, Rollenverhalten, Teamarbeit, geschlechtsspezifische Arbeit, strukturierte Projektarbeit, rechtliche Hintergründe und Grundlagen, soziale und gesellschaftspolitische Themen.

Die KJG fördert Emanzipation der und des Einzelnen

Kinder und Jugendliche sind von einer Fülle von Normen, Konventionen und gesellschaftlichen Kategorisierungen umgeben. In der KJG können sie sich bewusst mit den vielfältigen Angeboten, Richtungen und Meinungen auseinandersetzen. So entwickeln Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene ihre eigene Werteorientierung und eigene Maßstäbe für das Gelingen ihres Lebens.

Die KJG lebt Gleichberechtigung

In der KJG erleben Kinder und Jugendliche, dass Frauen und Männer, Kinder und Erwachsene, InländerInnen und AusländerInnen, Kranke und Gesunde den gleichen Wert als Menschen haben. Sie erleben, dass alle Menschen gemäß ihrer je eigenen Interessen und Möglichkeiten an den Entscheidungen partizipieren.

Die KJG ist auf allen ihren Ebenen demokratisch organisiert

KJGlerinnen und KJGler bestimmen selbst über ihre Inhalte und Aktivitäten. In diesem Umfeld lernen und erleben Kinder und Jugendliche politisches Handeln. Mit Auftrag und Rechenschaft, Debatte, Entscheidung, Positionierung und dem Bilden von Koalitionen entdecken sich KJGlerinnen und KJGler Schritt für Schritt als politisch Handelnde und Wissende. Die KJG schafft mit ihren Formen der politischen Bildung für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, sich mit komplexen Themen auseinander zu setzen und die Bezüge zu ihrer eigenen Lebenswelt zu erschließen. Sie nehmen ihre je eigenen Themen, Probleme und Ideen als Teil der politischen Gesellschaft wahr.

Die KJG lebt Spiritualität

Die Arbeit der KJG findet vorrangig in der Pfarrgemeinde statt. Hier gestalten KJGlerinnen und KJGler das religiöse Leben der Pfarrgemeinde mit. In der KJG finden Kinder und Jugendliche Möglichkeiten sich über Glaubens- und Sinnfragen auszutauschen. Die KJG bietet ihnen Räume, in denen sie ihre eigenen spirituellen Formen leben können. Innerhalb der KJG erkennen KJGlerinnen und KJGler Werte und Normen, die auch für die gesamte Gesellschaft gelten.

2.3 Leitlinien für Schule und Jugendverband – eine Gegenüberstellung

Schule und Jugendverbandsarbeit unterscheiden sich in vielen Merkmalen. Einige werden im Folgenden ausführlich dargestellt:

- ✘ **Lehrstofforientierung – Lebensweltorientierung**
Die Schule dient in erster Linie der Vermittlung von Wissen. In verschiedensten Unterrichtsfächern und Themenfeldern erhalten Schülerinnen und Schüler Informationen und Wissen. Im Vordergrund stehen hierbei die im Lehrplan vorgeschriebenen Bildungsziele, die in einem engen Rahmen umgesetzt werden.
Die Jugendverbandsarbeit orientiert sich an der Lebenswirklichkeit des einzelnen Mitglieds. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die individuellen Interessen, Fragen und Probleme von Kindern, Jugendlichen und Jungen Erwachsenen. Es gibt keinen Lehrplan, die Arbeit wird flexibel in einem relativ offenen Rahmen am Interesse der Gruppe ausgerichtet. In Bildungskonzepten und Kursen werden Inhalte und Wissen auf Grundlage der persönlichen Lebenswirklichkeit vermittelt.
- ✘ **Schulpflicht – Freiwilligkeit**
In Deutschland besteht die Schulpflicht, hiervon gibt es keine Ausnahmen.
Ein wichtiges Prinzip der Jugendverbandsarbeit ist die Freiwilligkeit. In der KJG entscheiden sich Kinder und Jugendliche für die Mitgliedschaft, die Teilnahme an Veranstaltungen und Gruppenstunden ist ihnen freigestellt. Es gibt weder Kontrolle noch Zwang. Ebenso ist den Mitgliedern selbst überlassen, auf welche Art und Weise sie sich in den Verband einbringen.
- ✘ **Fremdorganisation – Selbstorganisation**
Der Unterricht orientiert sich an einem Lehrplan, der sich wiederum an Vorgaben der Kultusministerinnen und Kultusminister orientiert. Der Stundenplan und die Person des Lehrers werden von der Schule bestimmt. Die Schülerinnen und Schüler sind Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Unterricht und nur dafür verantwortlich, sich selbst den Aufgaben entsprechend einzubringen.
Die Jugendverbandsarbeit beruht auf dem Prinzip der Selbstorganisation. Inhalte und Aktionen, die selbst gewählt werden, werden von den einzelnen Mitgliedern eigenständig und eigenverantwortlich umgesetzt. Die Arbeit lebt davon, dass alle beteiligt sind, für anstehende Arbeiten schließen sich die interessierten Mitglieder zu Gruppen zusammen.

- ✘ Hierarchische Strukturen – Demokratische Strukturen
 Die Schule ist hierarchisch organisiert. Sie wird von der Rektorin und dem Rektor geleitet, die Lehrerinnen und Lehrer haben Aufsicht und Bewertungskompetenz über die Schülerinnen und Schüler. Durch die Bestimmung der Unterrichtsinhalte, die Möglichkeit Sanktionen zu verhängen und nicht zuletzt durch die Notenvergabe erlangen sie Macht über die Schülerinnen und Schüler.
 Der Jugendverband ist demokratisch organisiert. Alle Mitglieder haben Stimmrecht, können ihre Leitungen und Inhalte selbst bestimmen und wählen. Jedes einzelne Mitglied hat das Recht der Bewertung, Leitungen müssen Rechenschaft ablegen. Es findet keine Benotung und keine Leistungsabfrage statt.
- ✘ Feste Rollenzuschreibung – Rollenvielfalt
 Die Schule legt die Rollen der einzelnen Beteiligten sehr deutlich fest. Diese Rollen können nicht verändert werden.
 Der Jugendverband bietet den Mitgliedern die Möglichkeit, sich in verschiedensten Rollen auszuprobieren. So haben Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene die Möglichkeit, Leitung wahrzunehmen oder Teilnehmerin und Teilnehmer zu sein, Verantwortung zu übernehmen oder sie abzugeben, Produzentin und Produzent oder Konsumentin und Konsument zu sein.
- ✘ Staat – Zivilgesellschaft
 Die Schule unterliegt den staatlichen Hoheitsrechten und repräsentiert den Staat.
 Der Jugendverband, der Außerschulische Bildung gestaltet, ist als ein freier und freiwilliger Zusammenschluss Gleichgesinnter ein Akteur der Zivilgesellschaft.

3. Auseinandersetzung mit der aktuellen bildungspolitischen Diskussion

Aufgrund zahlreicher Probleme des deutschen Schulsystems ist seit einiger Zeit eine bildungspolitische Debatte entbrannt. Auf viele Fragestellungen gibt es derzeit noch keine Lösungen, dennoch werden zahlreiche strukturelle Veränderungen von Seiten des Bundes oder einzelner Länder angedacht und umgesetzt, wie etwa die flächendeckende Einführung von Ganztagsschulangeboten, die Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien (die so genannte G8) und die Änderungen des dreigliedrigen Schulsystems in unterschiedliche Richtungen.

Doch greift die Debatte um das deutsche Schulsystem unserer Meinung nach zu kurz: Nicht die bestmögliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu eigenständigen, sozialen Persönlichkeiten, steht im Mittelpunkt der Diskussion. Die Reformen werden an anderen Zielen ausgerichtet: den Erfordernissen des Wirtschaftsstandortes Deutschland und dessen Bedarf an Fachkräften, an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso wie an der Frage der Finanzierbarkeit des Schulsystems.

Auch erfolgt keine grundlegende Analyse der Situation mit daraus folgenden Handlungsschritten und anschließender Erfolgskontrolle, sondern es regiert bisweilen blinder Aktionismus. So soll nach dem Rezept „viel hilft viel“, die Schulzeit auf den Nachmittag ausgedehnt werden, ohne vorher grundlegend Lehrpläne und Lehrmethoden zu überdenken. Eine wirkliche Reform des Schulsystems, das sich seit den 70er Jahren nicht nennenswert verändert hat, ist derzeit nicht in Sicht. Diese müsste Kinder und Jugendliche auf unsere in Richtung pluralistisch, interkulturell und individualistisch veränderte Lebenswirklichkeit vorbereiten.

Träger außerschulischer Jugendbildung wahrnehmen und einbeziehen

In der bildungspolitischen Diskussion scheint die Schule den alleinigen Anspruch auf die Bildung von Kindern und Jugendlichen zu haben. Diese Verkürzung klammert einen Großteil von Bildungsorten aus, nimmt diese nicht wahr und vergibt die Chance, Kindern und Jugendlichen ein vernetztes System unterschiedlicher Lern- und Erfahrungsorte anzubieten um so eine umfassende Bildung zu gewährleisten. So werden etwa Jugendarbeit und Vereinswesen durchaus als kostengünstige Partner für den Nachmittag in Betracht gezogen, also zur Betreuung und Beschäftigung. Allerdings wird die Jugendarbeit nicht als Fachstelle in ihrer Funktion als Träger Außerschulischer Jugendbildung wahrgenommen. So dass ihre ausgefeilten Bildungskonzepte und -angebote bei der Realisierung eines neuen Bildungsmodells für die junge Generation keine Beachtung finden.

Schüler und Schülerinnen im Fokus der Reformdebatte

Für den Reformprozess des Schulsystems fordert die KJG:

Die Schülerinnen und Schüler müssen im Mittelpunkt stehen. In erster Linie muss der Staat dafür Sorge tragen, dass die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen durch Schule gefördert wird.

Natürlich wird Schule immer ein Ort bleiben, an dem Wissen vermittelt wird. Doch darf sich dies in der heutigen Zeit nicht auf die Vermittlung von Faktenwissen beschränken. Wir leben in einer Welt der Informationsflut und des ausdifferenzierten Wissens. Es ist heute unmöglich, Kindern und Jugendlichen ein breites Wissen zu vermitteln, mit dem sie ihr gesamtes Leben bestreiten können. In Zeiten, die lebenslanges Lernen von jeder und jedem Einzelnen fordern, steht das „Wie“ im Mittelpunkt: Kinder und Jugendliche müssen lernen, wie man sich Wissen aneignet und dieses situationsbezogen anwendet, wie man vernetzt denkt und wie man effektiv neue Informationen gewinnt. Nicht das sture Aneignen von Wissen, sondern die Lust, sich auf diesen Prozess des lebenslangen Lernens einzulassen, muss Schule fördern. Das Einüben von Schlüsselqualifikationen und sozialen Kompetenzen muss Vorrang haben vor dem Erwerb von Spezialwissen im fachgebundenen Unterricht.

Der Suche nach Orientierung gerade in der Jugendphase muss auch in Schule ein Platz eingeräumt werden. Die Klassen- und Schulgemeinschaft muss als Lern- und Erfahrungsort wahr und ernst genommen werden.

Um dies umsetzen zu können, muss sich Schule grundlegend verändern. Dies betrifft sowohl Inhalt als auch Struktur. Nicht nur Konzepte von privaten Schulen im Inland, andere Schulsysteme im Ausland sondern auch die Jugendverbandsarbeit mit ihren langjährigen Erfahrungen kann hierfür wichtige Ansatzpunkte liefern. So müssen auch Prinzipien von Außerschulischer Jugendbildung (siehe Kapitel 2.2) im Reformprozess Berücksichtigung finden. Daneben müssen bestehende Prinzipien, nach denen Schule arbeitet, hinterfragt und gegebenenfalls reformiert werden.

Schulische Bildung folgt immer anderen Gesetzmäßigkeiten als die Außerschulische Jugendbildung. Wir fordern somit nicht die Abschaffung aller bisher geltenden Normen für den Bereich Schule, sondern eine Akzentuierung auf Partizipation und Mitbestimmung sowie ein verändertes SchülerInnenbild als grundsätzlich neugieriges Subjekt, das sich die Welt, in der es lebt, aus eigenem Antrieb erschließen will. Wir erwarten eine andere Handhabung von Leistungskontrolle und Sanktionen und somit eine Schule, die nicht auf Leistungsdruck, Angst und Einzelkämpfertum setzt, sondern auf Motivation und Freude am gemeinsamen Lernen.

Kinder und Jugendliche nicht auf die Rolle von Schülerinnen und Schüler festlegen

Die Möglichkeit der Übernahme unterschiedlicher Rollen in unterschiedlichen sozialen Kontexten eröffnet Kindern und Jugendlichen zahlreiche Erfahrungsräume und Anregungsmilieus und stellt in unserer ausdifferenzierten Gesellschaft eine wesentliche Entwicklungsaufgabe dar.

In der Schule übernehmen Kinder und Jugendliche die Rolle der Schülerinnen und Schüler. „Man kann vom „Schülersein“ als *dem* dominanten Status von Kindern und Jugendlichen in einer bestimmten Entwicklungsphase sprechen“.⁶ In ihrem Klassenverband und gegenüber Lehrerinnen und Lehrern sind sie häufig über Jahre hinweg auf eine Rolle festgelegt, etwa der des Klassenclowns oder der Streberin und Streber. Einige Schülerinnen und Schüler erleben hier Ausgrenzung und Erstarrung in zugewiesenen Rollenmustern.

In ihrer Freizeit (der schulfreien Zeit) probieren sich junge Menschen in ihren unterschiedlichen Cliques, in Jugendverbänden, Vereinen und anderen Lebensbereichen in anderen Rollen aus.

Im Interesse von Kindern und Jugendlichen fordert die KJG:

Die Reform des Schulsystems muss gewährleisten, dass sich junge Menschen auch in Zukunft in unterschiedlichen Rollen ausprobieren dürfen. Hierfür müssen freie Zeitfenster, auch unter der (Schul-)Woche, zur Verfügung stehen.

Wir wehren uns strikt gegen Ideen, die Schule auch in Ferienzeiten bzw. am Wochenende für Freizeitbeschäftigungen zu öffnen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, nicht ganzjährig auf die Rolle der Schülerin und Schüler reduziert zu werden. Für ein sinnvolles Freizeitprogramm an Wochenenden und in den Ferien müssen weiterhin nach dem Subsidiaritätsprinzip die Träger der freien Jugendhilfe zuständig sein. Diese können auf langjährige Erfahrungen im gruppen- und freizeitpädagogischen Bereich zurückgreifen und sind hierfür Expertinnen und Experten.

Schule kann ein möglicher Ansatzpunkt für die KJG-Arbeit sein, allerdings muss die Jugendverbandsarbeit darüber hinaus ihren Mitgliedern „schulfreie“ Erfahrungsräume zur Verfügung stellen, in dem Kinder und Jugendliche frei von ihrer Schülerrolle agieren können und die Möglichkeit haben, in unterschiedlichen Zusammenhängen neue Rollen auszuprobieren, als Mitglied unterschiedlicher Gruppen aber auch bei der Übernahme von Verantwortung.

Schule und Außerschulische Bildung haben ein Recht voneinander unabhängig zu existieren

Eine reformierte Schule bietet der verbandlichen Jugendarbeit gute Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Kooperation und den Kindern und Jugendlichen eine bereichernde Vorbereitung auf das berufliche, gesellschaftliche und familiäre Leben.

Schule und Jugendarbeit sollen unserer Meinung nach allerdings auch weiterhin eigenständig und voneinander unabhängig bestehen dürfen und mit den ihnen jeweils eigenen Bildungsangeboten und -formen Heranwachsenden einen Pool bieten, aus dem sie schöpfen können.

Der angestrebte flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen hat auf Seiten der Jugend(verbands)arbeit Verunsicherung und Befürchtungen ausgelöst. Hier geht es der Bundesregierung allerdings nicht darum, alle Schulen in Ganztagschulen umzuwandeln, sondern lediglich darum, jeder Schülerin und jedem Schüler den Besuch einer Ganztagschule in zumutbarer Entfernung zu ermöglichen. So werden weiterhin viele Schülerinnen und

⁶ Werner Schefold: „Schülersein“. In: Lothar Böhnisch, Richard Münchmeier: „Wozu Jugendarbeit?“ Weinheim, München 1987

Schüler im gewohnten zeitlichen Umfang die Schule besuchen und Zeit und Lust auf Angebote der Jugend(verbands)arbeit bzw. an der Mitwirkung als Ehrenamtliche haben.

Befürchtungen, die Jugendarbeit erleide extreme finanzielle Einbußen, da staatliche Förderpöfpe zu Gunsten von Ganztagsangeboten umgeschichtet werden könnten, können allerdings nicht unter den Tisch gekehrt werden. Hier sind die Verantwortlichen und Mitglieder der Jugendverbände gefordert, die gesellschaftliche Relevanz ihrer Bildungsarbeit offensiv gegenüber politischen Verantwortlichen herauszustellen.

Von Gesellschaft und Politik erwartet die KJG, dass die Angebote der Jugendverbandsarbeit nicht nur als Betreuung und Freizeitbeschäftigung, sondern als sinnvolle eigenständige Form der Bildungsarbeit anerkannt werden. Stellenwert der Jugendverbandsarbeit wird sich unter anderem daran erweisen lassen, ob Vertreterinnen und Vertreter der Jugendverbandsarbeit gleichberechtigt in die Reformdiskussionen um das deutsche Bildungssystem einbezogen werden oder auch daran, dass die Schule nicht mehr den Alleinanspruch auf den Bildungsbegriff erhebt.

Wird die Jugendverbandsarbeit als Träger nicht-formeller und informeller Bildung ernst genommen, so dürfte die Finanzierung durch öffentliche Mittel in Zukunft gewährleistet sein.

4. Anregungen zu KJG in Schule

Die nachfolgende Checkliste soll als Orientierung dienen für eine mögliche Kooperation mit Schulen. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aufgrund der unterschiedlichen Kooperationsmöglichkeiten von der Leitung von Orientierungstagen bis hin zu regelmäßigen Angeboten am Nachmittag, treffen nicht immer alle aufgeführten Punkte zu.

1. Schüler und Schülerinnen müssen das KJG-Angebot freiwillig nutzen können.
2. Schülerinnen und Schüler müssen bei den Angeboten der KJG Partizipation und Mitbestimmung erleben und erlernen. Diese Prinzipien sowie das Erlernen und Verstehen demokratischer Prozesse stehen oftmals im Gegensatz zu schulischen Strukturen.
3. Im Rahmen der KJG-Angebote darf keine Leistungsbewertung im Sinne von Benotung erfolgen.
4. Die Honorarkräfte und/oder ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KJG sind qualifiziert und ausgebildet in Bezug auf Gruppenpädagogik, Betreuung und Gestaltung von Gruppenarbeit und altersadäquaten Angeboten. Diese Qualifikationen müssen von Schule anerkannt werden.
5. Die Schule stellt geeignete Räumlichkeiten, die die Gruppe gegebenenfalls selbst gestalten kann sowie Material für die Umsetzung geplanter Methoden und Inhalte zur Verfügung.
6. Die Kooperation mit Schule muss der speziellen Situation Ehrenamtlicher Rechnung tragen, z.B. Vertretungsregelung bei Verhinderung.
7. Die Schule akzeptiert die Grundlagen und Ziele der KJG.
8. Die Zusammenarbeit zwischen Schule/den Lehrkräften und den KJGlerinnen und KJGlern muss von gegenseitigem Respekt geprägt sein. Die Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter erleben die Schülerinnen und Schüler bei ihren Angeboten häufig anders als die Lehrkräfte im Unterricht. Dies muss Schule anerkennen und zum konstruktiven Austausch nutzen.
9. KJG-Angebote müssen als solche erkennbar sein. Die KJG macht dies durch Identifikationsmaterial, wie etwa dem KJG-Logo, dem Erstellen der Einladung, dem Austeilen von Mitgliederbroschüren, etc. deutlich. Die Schule/Lehrkräfte unterstützen dies in geeigneter Form, z.B. durch einen Elternbrief.
10. Das Ziel der Mitgliederwerbung ist legitim. Die KJG hat im Rahmen der Kooperation die Möglichkeit, für ihre Veranstaltungen und ihren Verband zu werben. Die Lehrerinnen und Lehrer teilen hierfür z.B. die Wohnorte der Schülerinnen und Schüler mit, damit gezielt für Gruppen und Angebote vor Ort geworben werden kann.
11. Die KJG führt ihre Angebote selbstbestimmt und eigenverantwortlich durch.